

Es gilt das gesprochene Wort

Eröffnungsrede

auf dem 3. Berliner Demografie Forum am 10. April 2014

von Michael Diekmann

Vielen Dank, Herr Professor Rocholl.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schwesig,
sehr geehrte Gäste!

Auch ich heiÙe Sie herzlich zum 3. Berliner Demografie Forum willkommen, und ich begrüÙe insbesondere unsere internationalen Gäste, die aus 18 Ländern zu uns gekommen sind, um sich hier auszutauschen und voneinander zu lernen.

Einführung: Das Berliner Demografie Forum

Viele von Ihnen waren ja im Januar 2012 dabei, als wir das erste Berliner Demografie Forum hier in der ESMT eröffnet haben. Wenn wir die Jahre seitdem unter ein Motto stellen wollten, dann könnte man es wohl „Viel passiert“ nennen.

Das Berliner Demografie Forum ist noch internationaler geworden, zum Beispiel mit dem „Government Panel“, bei dem Politiker aus dem Ausland die Demografie-Politik ihrer Länder diskutieren.

Daneben bringen „Young Experts“ auch in diesem Jahr wieder die wichtige Perspektive der jungen Generation ein. Und wir begrüÙen

heute zum ersten Mal auch Sprecher der evangelischen Kirche, des Vatikans und der Wirtschaftsethik.

Mit unserem diesjährigen Themenschwerpunkt „Sicherheit - Vertrauen - Zusammenhalt“ führen wir erstmals eine zusätzliche, ethische Dimension in die Diskussion ein: nämlich die Frage nach dem Vertrauen in den viel zitierten Generationenvertrag, oder anders formuliert, die Frage nach der Tragfähigkeit der für das Alter versprochenen Renten und Leistungen. Man könnte auch provokativ sagen: Wer Solidarität verlangt, muss sich selbst solidarisch verhalten. Das Vertrauen in diese Gegenseitigkeit bestimmt letztlich den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Warum ist Demografie eines der wichtigsten globalen Dauerthemen?

Die demografische Entwicklung auf der Nordhalbkugel unserer Erde ist inzwischen fast gleichlaufend und die Erkenntnis ist so banal, dass sie fast die Dramatik verschleiert: Wir bekommen immer weniger Kinder und das in einem immer höheren Alter – in Europa genauso wie in Ostasien. Gleichzeitig steigt unsere Lebenserwartung. Damit werden unsere Gesellschaften nicht nur älter, sondern sie überaltern.

Schon 2050 wird sich der Anteil der Weltbevölkerung, der älter als 65 Jahre ist, verdreifacht haben. Je älter eine Gesellschaft wird, desto mehr Verantwortung lastet auf den Jungen und damit wirft sich die Frage auf:

Was bedeutet das genau für uns? Wie stark wird die Solidarität zwischen den Generationen damit auf die Probe gestellt?

Ich werde im Folgenden auf zwei Überlegungen in diesem Zusammenhang hinweisen, die aus der Sicht eines Finanzdienstleisters einen kleinen Beitrag zum Umgang mit der Herausforderung leisten können.

Erstens: Wir müssen die Menschen besser in die Lage versetzen, ihre finanzielle Situation im Alter beurteilen zu können.

Externe Faktoren wie Langlebigkeit, Staatsschulden und Rentenreformen bestimmen die finanzielle Situation des Einzelnen im Alter. Aber auch sich ändernde Lebensweisen wirken sich auf die Versorgungssituation aus. Menschen leben zum Beispiel als Patchwork-Familien zusammen, als Alleinerziehende, als Familie mit mehreren Generationen unter einem Dach. Viele Menschen ziehen dorthin, wo die Arbeit ist oder wechseln für ihren Job sogar in andere Länder. Viele wollen nicht nur bis 63, 65 oder 67 arbeiten, sondern flexibler in Rente gehen.

Alle diese Variablen machen es nicht einfach, sich rechtzeitig einen genauen Überblick über die eigene Vermögenslage zu verschaffen. Und aus unserer Praxis wissen wir, dass sich viele Menschen mit diesem Thema überfordert fühlen, es gerne verdrängen.

Ziel muss es daher sein, den Bürgern eine übersichtliche, leicht zugängliche und vollständige Basis für ihre Altersvorsorge-Entscheidungen zu bieten. Dazu gehört aus meiner Sicht:

- eine standardisierte und konsolidierte Übersicht über alle Ansprüche, die Bürger aus den nationalen staatlichen Rentensystemen, aus betrieblicher und privater Altersvorsorge erworben haben. In Dänemark ist diese Information für Sparer zum Beispiel jederzeit verfügbar. In Deutschland hat die Allianz vor einem halben Jahr die intensive Diskussion dazu mit Politik und Verbänden (GVG, GDV) angeschoben. Diese Diskussion werden wir auch auf europäischer Ebene fortführen.
- Wichtig ist zudem aus meiner Sicht eine ganzheitliche Vermögensaufstellung bei der Altersvorsorgeberatung. Jeder Berater sollte für einen Kunden, der sich mit seiner Altersvorsorge beschäftigt, eine möglichst vollständige Betrachtung erstellen, denn nur so kann man wirklich fundierte Entscheidungen treffen. Ich finde, das sollte Standard werden.

Indem wir den Bürgern auf diese Weise helfen, ihre finanzielle Situation im Alter beurteilen können, unterstützen wir sie dabei, sich besser und realistischer einzustellen.

Zweitens: Mit dem Rückgang der Zinsen und der intensiven Diskussion zu Staats- und Finanzkrisen, beobachten wir einen Rückgang der Sparquote und eine geringere Neigung, sich langfristig zu binden. Wenn wir das Vertrauen in die Altersvorsorge wieder stärken wollen, dann könnte eine der Lösungen darin liegen, den Finanzierungsbedarf von Infrastruktur mit Anlagemöglichkeiten für die Altersvorsorge zu verbinden.

Eines der Top 5-Ziele der EU-Kommission ist es, Europa wettbewerbsfähig zu halten, etwa durch Investitionen in Infrastruktur. Dieser Investitionsbedarf lässt sich zusammenbringen mit der Suche nach Anlagealternativen für die Altersvorsorge im Niedrigzinsumfeld.

Kurz: Mittel aus der Altersvorsorge finanzieren Infrastrukturprojekte, die Renditen aus den Infrastrukturprojekten finanzieren die Altersvorsorge. Das heißt, langfristige Verbindlichkeiten wie Renten und Pensionen werden durch langfristige Cashflows aus Kraftwerken, Straßen, Flughäfen oder Windparks gedeckt.

Die Vorteile einer solchen Public-Private-Partnership liegen auf der Hand: Die Kosten alternder Gesellschaften werden die Ansprüche an die Staaten weiter ansteigen lassen. Dies wird dazu führen, dass die öffentliche Hand immer weniger investieren kann. Schon heute fehlt Kapital, um die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren; nicht nur in Deutschland. Global wird diese Lücke von einigen Beobachtern wie z.B. McKinsey auf etwa eine Billion US Dollar jährlich beziffert.

Gleichzeitig gibt es eine Art Anlagenotstand: Investments mit angemessenen Renditen sind im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld immer schwieriger zu finden. Und die Nachfrage nach langfristigen Investitionsmöglichkeiten für die Altersvorsorge wird mit dem steigenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung noch weiter zunehmen.

Ließen sich beide Seiten verbinden – der langfristige Kapitalbedarf für Infrastruktur und die langfristige Anlage für die Altersvorsorge –

könnten Staat und Bürger gleichermaßen profitieren. Entscheidend ist dabei, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Risikoprofile zusammenzubringen. Dabei könnten Kapitalsammelstellen wie zum Beispiel Versicherungen und Förderbanken eine wichtige Rolle spielen.

Auf EU-Ebenen verfügt die Europäische Investitionsbank über das notwendige Knowhow und hat bereits Erfahrungen mit derartigen Finanzierungsinstrumenten gesammelt. In Deutschland könnte die KfW eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, Regulierungsvorschriften in diesem Sinne anzupassen.

Sogenannte „Infrastructure backed securities“ haben das Potenzial, eine eigene Anlageklasse nicht nur für institutionelle Anleger, sondern auch für Private zu werden.

Gelingt es uns, hier die Weichen richtig zu stellen, machen wir unsere Gesellschaften ein gutes Stück zukunftssicherer: Wir fördern Innovationen und Wirtschaftswachstum, entlasten die Staatsfinanzen und sichern den Lebensstandard unserer älteren Mitbürger durch attraktive Vorsorgeangebote.

Meine Damen und Herren,

„Sicherheit – Vertrauen – Zusammenhalt“ ist das Motto des diesjährigen Berliner Demografie Forum. Umfassendere Informationen und das Vertrauen in die Altersvorsorge können nur Bausteine sein. Solidarität bleibt das Fundament, das A und O unserer Gesellschaft.

Aber Solidarität nützt auch nur wirklich, wenn Sie auf bekannten Fakten und der zu Recht zu erwartenden Eigeninitiative aufbaut. Sonst wird Solidarität überstrapaziert.

Es kommen noch genügend zusätzliche Anforderungen auf uns zu. So muss der steigende Anteil kinderloser oder sogar familienloser Senioren in der Gesellschaft integriert bleiben. Und dafür müssen wir die aktive Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben in ihren späteren Lebensjahren sicherstellen. Aber wir müssen uns gleichzeitig auch auf einen steigenden Bedarf an öffentlicher Pflege einstellen, wenn hier die individuelle Vorsorge versagt und die Familie für eine zunehmende Anzahl an alten Menschen als erste Anlaufstation entfällt.

Eine internationale Demografie Studie der Allianz anlässlich des Berliner Demografie Forums hat festgestellt, dass die Gesellschaften in manchen Ländern sogar noch deutlich schneller altern als in Deutschland – etwa in der Türkei oder in Malaysia. Dort haben Politik und Wirtschaft also noch weniger Zeit zum Handeln.

Eröffnung des 3. BDF

Sie sehen, dass wir im Ringen um nachhaltige Lösungen viel miteinander besprechen und voneinander lernen können. Mit diesem Anspruch erkläre ich nun das 3. Berliner Demografie Forum für eröffnet und übergebe das Wort an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Manuela Schwesig. Wir freuen uns auf Ihre Grundsatzrede.